



PRESSEMITTEILUNG

14.07.2007

LHG-Bundesvorstand zur drohenden Zwangsexmatrikulation von Studierenden an der Hamburger Kunsthochschule

Die Hamburger Kunsthochschule hat die Exmatrikulation von 269 Studierenden, die ihre Studiengebühren für das laufende Sommersemester nicht überwiesen haben, eingeleitet. Eine letzte Bedenkfrist für die Betroffenen gilt nun bis zum 30. September.

"Bedauerlich wäre es, wenn nun tatsächlich Studierende ihren Studienplatz verlieren würden, weil sie sich von den falschen Versprechen linker Hochschulpolitiker haben blenden lassen. Bewusst haben sie über das Risiko einer Exmatrikulation getäuscht und ein Scheitern als unmöglich dargestellt", meint der Vorsitzende des Bundesverbandes Liberaler Hochschulgruppen (LHG), Daniel George.

"Der Boykott in Hamburg ist ein gutes Beispiel dafür, wie bedenkenlos Studierende für die sektiererischen Pläne der Linken eingespannt werden, ohne dass ihnen die Risiken klar aufgezeigt werden", ergänzt Volker Ostermeyer, stellv. Vorsitzender des Bundesverbandes Liberaler Hochschulgruppen. "Es ist unglaublich, in welcher menschenverachtender Art und Weise mit der Zukunft von Studierenden gespielt wird, ohne auch nur einen Gedanken an andere zu verschwenden." Dass die Hochschulen praktisch gezwungen sind gegen den Gebührenboykott mit drastischen Mitteln vorzugehen, war den Initiatoren von Anfang an bekannt.

Der LHG-Bundesverband fordert die Studierendenvertreter/innen an der Kunsthochschule Hamburg auf, von weiterer Durchhalterhetorik Abstand zu nehmen und das Kräfteressen mit der Hochschulverwaltung selbstständig zu beenden.